Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Wirtschaft findet nicht nur in der Wirtschaft statt
2. Die Ära der Zollschlachten
3. Ein Lehrstück in Demokratievortäuschung
4. Hasardeure im Vollrausch
5. Kommentar: Der alte Bundestag bestimmt die Zukunft – und erinnert an einen Basar
6. Das Endspiel: Ukrainekrieg, Demokratiesimulation und die Zerstörung Europas. Teil 2 von 6.
7. G7-Gipfel und Baerbocks Abschied: Dreieinhalb Jahre außenpolitisches Fiasko
8. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte spricht Ukraine wegen Massaker von Odessa schuldig
9. Dritte Tagung der Vertragsstaaten des Atomwaffenverbotsvertrags
10. Trumps Bösartigkeit gegenüber dem mexikanischen Volk
11. Wirecard-Betrüger Jan Marsalek stellt in Libyen Privatarmee auf
12. Rettungsdienst: “In Deutschland sterben Menschen rein systembedingt”
13. Lockdown aus Angst vor der Biowaffe?
14. Berliner Corona-Notspital kostete 90 Millionen Euro für nichts

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Wirtschaft findet nicht nur in der Wirtschaft statt**
   Dass mittlerweile fast drei Millionen Personen offiziell arbeitslos gemeldet sind und etwa zwei Millionen zusätzlich in der sogenannten Stillen Reserve zu finden sind, ist einfach keine Meldung wert. Die Zahl der von den Betrieben der Bundesagentur gemeldeten offenen Stellen liegt zu Beginn dieses Jahres bei 650 000 und damit um

mehr als 200 000 unter dem Höchstwert, der nach der Coronaschock im Sommer 2022 gemessen wurde. Das ist der Befund, um den es geht. Fünf Millionen Menschen, die Arbeit suchen und 650 000 Stellen, die angeboten werden. Im Rest Europas ist es noch viel gravierender, dort ist die Arbeitslosigkeit seit 2010 kaum gesunken und liegt zumeist sogar weit über den deutschen Werten. Fachkräftemangel ist in einer solchen Situation nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver. Man will damit der der Bevölkerung weismachen, dass es gar keine Arbeitslosigkeit gibt, sondern, so wie es die CDU im Wahlkampf verkündet hat, nur Menschen, die sich davor drücken, die massenweise angebotenen offenen Stellen anzunehmen.
Quelle: Relevante Ökonomik

2. **Die Ära der Zollschlachten**
Die EU verhängt erste Vergeltungszölle auf Importe aus den Vereinigten Staaten und bereitet weitere vor. Damit reagiert Brüssel auf die US-Zölle in Höhe von 25 Prozent, die am Mittwoch in Kraft getreten sind und auf Stahl- sowie Aluminiumlieferungen im Wert von ungefähr 26 Milliarden Euro aus der EU erhoben werden. Trump stellt weitere Zölle in Aussicht; die Zollschlacht droht zu eskalieren. Dabei befinden sich die EU und Deutschland im Nachteil: Da sie erheblich mehr Güter in die USA liefern als andersherum, erleiden sie durch allgemeine Zölle größere Schäden. Als Option gilt, Vergeltung auf dem Dienstleistungssektor zu üben, wo die Vereinigten Staaten ein Plus im Handel mit der EU erzielen. Brüssel könnte etwa gegen Tech-Konzerne Trump-naher US-Oligarchen wie Amazon oder X vorgehen. Unterdessen schwillt in der US-Wirtschaft die Unruhe über die Zollpolitik der Trump-Administration an, die die Preise in den Vereinigten Staaten in die Höhe zu treiben beginnt. Laut Berichten nehmen Beschwerden von Managern und Unternehmern im Weißen Haus rasant zu. Zudem startet, ausgehend von Kanada, das Trump den USA einverleiben will, eine globale Boykottkampagne gegen US-Waren.
Quelle: German Foreign Policy

3. **Ein Lehrstück in Demokratievortäuschung**
Das Bündnis Sahra Wagenknecht wurde Opfer von Unregelmäßigkeiten, die darauf schließen lassen, dass die Etablierten es als Konkurrenz ausschalten wollten. Deutschland rühmt sich, ein Vorbild der Demokratie zu sein. Doch die Bundestagswahl 2025 hat einmal mehr bewiesen, dass zwischen diesem Selbstbild und der Realität eine tiefe Kluft besteht. Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) verpasst mit 4,97 Prozent der Zweitstimmen und einem fehlenden Bruchteil von 13.400 Stimmen die Fünf-Prozent-Hürde. Auf dem Papier mag das nach einer normalen Wahlniederlage aussehen. In Wahrheit offenbart dieser Fall, wie tief das politische System verstrickt ist in ein Netz aus administrativer Inkompetenz, strukturellen Wahlfehlern und politischer Einflussnahme.

Quelle: Manova

dazu: **Wahlergebnis macht stutzig: Wo kommen plötzlich 4.277 Stimmen für das BSW her?**
Das BSW reicht Klage gegen das Ergebnis der Bundestagswahl ein. Eine Überprüfung der Zweitstimmen in den Bundesländern brachte erstaunliche Differenzen zutage. […] Zum Vergleich: Die Volkspartei SPD hat nach der Prüfung nur 840 Zweitstimmen mehr erhalten. Was aber ist die Ursache für die ungewöhnlich hohe Zahl an "aufgefunden" Stimmen für das BSW?
Laut "wahlrecht.de" soll es jedenfalls nichts mit der fehlerhaften Übertragung von Zahlen von den Gemeinden und Kommunen an die Bundeswahlleiterin am Wahlabend zu tun haben, wie in sozialen Medien bereits behauptet worden war. Vielmehr geht "wahlrecht.de" davon aus, dass die auffällig hohe Zahl an Zweitstimmen zugunsten des BSW mit der Position der Partei auf den Wahlzetteln zu tun haben könnte.
Quelle: t-online

dazu auch: **Erfolglose Anträge zum Wahlergebnis des BSW**
Mit Beschlüssen vom heutigen Tag hat der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts mehrere Anträge abgelehnt, die letztlich darauf zielen, eine Neuauszählung der abgegebenen Stimmen zum 21. Deutschen Bundestag wegen vermeintlicher Auszählungsfehler noch vor der Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses zu erreichen
Quelle: Bundesverfassungsgericht

4. **Hasardeure im Vollrausch**
   Immer, wenn Du denkst, es geht nicht mehr, kommt von irgendwo ein Lichtlein her. Denkste, kann ich da nur sagen. Denn was dieser Tage von der politischen „Elite" unseres Landes auf den militaristisch-unverantwortlichen Weg gebracht werden soll, ist blanker Wahnsinn, der unsinnigerweise auch noch von den staatstragenden Medien nahezu vorbehaltlos unterstützt wird.
   Dieser Wahnsinn hat nicht allein Methode, er hat auch einen Namen: Sondervermögen.
   Einen schönfärberischeren Begriff für's vollrauschige Schuldenmachen auf unser aller Kosten kann man sich ja gar nicht ausdenken; koste es, was es wolle! Nun könnte man ja sagen, dass es manchmal ohne Schuldenmachen nicht geht, wenn ein Staat für die gute Zukunft seiner BürgerInnen vorsorgen möchte; einverstanden. Was aber, wenn der Staat mit den geplanten Schulden geradezu blindlings in das vorhersehbare Verderben seiner BürgerInnen investiert?
   Quelle: GEW-Magazin

dazu auch: **Kriegskredite als Konjunkturprogramm**
Die bevorstehende Entscheidung im Bundestag über Grundgesetzänderungen für eine gigantische Aufrüstung und die militärische Ertüchtigung der Infrastruktur, ist eine Entscheidung über Krieg und Frieden in Europa.
Das Kriegsfieber steigt in Deutschland und Europa. Union und SPD, im Grundsatz unterstützt von den Grünen, wollen die Schuldenbremse per Grundgesetzänderung lösen, um eine gigantische Aufrüstung voranzutreiben. Im Vorgriff auf den nächsten NATO-Gipfel im Juni 2025 in Den Haag, soll die Möglichkeit geschaffen werden, über massive Kreditaufnahmen das zu erwartende Rüstungsziel von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – für Deutschland eine Steigerung der jährlichen Militärausgaben von rund 90 Milliarden Euro auf 150 Milliarden Euro – zu erreichen.
Quelle: Sevim Dagdelen auf Overton Magazin

und: **Juncker und andere Stimmen gegen den Rüstungswahn**
Ganz EUropa spricht von Aufrüstung und Krieg. Ganz EUropa? Nein, es gibt noch ein paar abweichende Stimmen – etwa der frühere Kommissionspräsident Juncker.
“Ich fühle mich mit der Aufrüstungsrhetorik nicht wohl”, sagte Juncker dem “Luxemburger Wort”. Die EU müsse aufpassen, dass sie sich nicht selbst in einen Krieg hineinrede. Zuvor hatte Juncker erklärt, dass die Ukraine nicht reif für einen EU-Beitritt sei, auch nicht für die Nato.
Ähnliche Töne kommen vom scheidenden SPD-Fraktionschef Mützenich in der “Berliner Zeitung”. Er kritisiert den rein militärischen Ansatz der Europäer in der Ukraine: Man müsse „über den Tellerrand der gegenwärtigen Debatte hinausdenken“.
Quelle: Lost in Europe

5. **Kommentar: Der alte Bundestag bestimmt die Zukunft – und erinnert an einen Basar**
Plötzlich debattieren zurückgetretene Politiker wieder im Parlament und sollen über Milliardenschulden entscheiden. Ist das wirklich notwendig? Oder gefährlich? […]
Die Grünen, die unbedingt bei der Grundgesetzänderung mitstimmen sollen, mit der Union und SPD die Schuldenbremse lockern wollen, wollen natürlich auch über die Milliarden mitbestimmen, die zusätzlich beschlossen werden sollen. Union und SPD wollen die Mütterrente, Agrarsubventionen, Steuersenkungen für Gastwirte? Dann wollen die Grünen Geld für den Klimaschutz! Das ist absolut verständlich, und auch eine bessere Investition in die Zukunft als günstigere Preise im Restaurant. Aber die Grünen werden in den nächsten vier Jahren in Deutschland sehr wahrscheinlich nicht mitregieren – und haben jetzt trotzdem die Chance, große Linien für das Land mitfestzulegen. Das ist in einer Zeit, in der die Politikverdrossenheit hoch ist, nicht

einfach zu erklären.
Quelle: Berliner Zeitung

dazu auch: **Auch Dagdelen klagt gegen Sondersitzungen im Bundestag**
Mehrere AfD-Politiker, ihre Fraktion sowie die der Linken gehen bereits gerichtlich gegen die Sondersitzungen für das geplante Sondervermögen vor. Jetzt zieht das BSW nach. Sie fürchten riesige Zinsen und eine zu kurze Bedenkzeit für das Vorhaben.
Auch die BSW-Abgeordnete Sevim Dagdelen will mit einem Eilantrag beim Bundesverfassungsgericht die Verabschiedung des Milliardenpakets für Verteidigung und Infrastruktur stoppen. "In der Kürze der Zeit lässt sich eine ordentliche Gesetzesberatung mit seriöser Folgenabschätzung nicht vornehmen", sagte Dagdelen.
Ihr Rechtsvertreter Christoph Degenhart argumentiert in dem Eilantrag an Karlsruhe, die Abgeordnete des Bündnisses Sahra Wagenknecht sei wegen der kurzfristigen Anberaumung der Beratungen über das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes in ihren Rechten verletzt. Ziel des Antrags beim Verfassungsgericht ist es, das Gesetzgebungsverfahren von der Tagesordnung des Bundestags zu nehmen.
Quelle 1: n-tv
Quelle 2: Antrag [PDF]

6. **Das Endspiel: Ukrainekrieg, Demokratiesimulation und die Zerstörung Europas. Teil 2 von 6.**
Der Journalist und Buchautor Patrik Baab analysiert in diesem 6-teiligen Beitrag die Entstehungsgeschichte des Konflikts, seine Folgen für Europa und mögliche Wege zum Frieden.
Quelle: Patrik Baab auf Manova

dazu: **Jeffrey Sachs: Europa sollte direkten Dialog mit Russland führen**
Jeffrey Sachs, Professor an der Columbia University, hat kürzlich in einer Rede vor dem Europäischen Parlament Europa mangelnde Unabhängigkeit im russisch-ukrainischen Konflikt vorgeworfen. Europa sei zu abhängig von den USA und habe keine aktive Vermittlerrolle gespielt.
Sachs sagte, Europa hätte den russisch-ukrainischen Konflikt verhindern können, wenn es eine vernünftige Politik betrieben hätte. Europa sollte eine eigene Außenpolitik haben, nicht nur eine russophobe.
Quelle: CRI online

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen/sehen Sie dazu auch Die Geopolitik des Friedens.*

dazu auch: **Putin begrüßt Waffenruhe-Vorschlag unter Bedingungen – Trump nennt Erklärung „vielversprechend“**
Russland ist nach den Worten von Kremlchef Putin prinzipiell mit dem US-Vorstoß für eine 30-tägige Waffenruhe einverstanden. Sie müsse aber zu einem dauerhaften Frieden führen. Er forderte zudem, sich mit den „grundlegenden Ursachen des Konfliktes“ zu befassen. Und dankte US-Präsident Trump.
Quelle: Welt Online

Anmerkung unserer Leserin S.B.: *So viel dazu, dass Putin überhaupt nicht verhandeln will. Der Hoffnungsschimmer wird größer, dass dieser Krieg zu einem Ende kommt. Und die EU sitzt noch nicht einmal am Katzentisch mit dabei.*

7. **G7-Gipfel und Baerbocks Abschied: Dreieinhalb Jahre außenpolitisches Fiasko**
Beim G7-Treffen in Kanada nimmt Annalena Baerbock an ihrem letzten internationalen Treffen als Außenministerin teil. Ihre Bilanz ist mehr als dürftig. […]
Tatsächlich ist die Bilanz der Außenministerin mehr als dürftig. Diplomatische Fehltritte wie die öffentliche Bezeichnung des chinesischen Präsidenten Xi Jinping als „Diktator“ haben dazu geführt, dass sie in China, dem zweitwichtigsten Handelspartner Deutschlands, nicht mehr ernst genommen wurde.
Auch im globalen Süden hat Baerbocks Politik zu einer Entfremdung von Deutschland geführt. Das ist vor allem auf ihre Haltung im Gaza-Krieg zurückzuführen. So rechtfertigte sie einmal in einer Rede im Bundestag die israelischen Angriffe auf Zivilisten in Gaza. Zivile Einrichtungen wie Krankenhäuser oder Schulen verlören ihren Schutzstatus, wenn sie für terroristische Zwecke missbraucht würden, sagte die Grünen-Politikerin und sorgte damit weit über die deutschen Grenzen hinaus für Empörung.
Unter dem Strich waren die knapp dreieinhalb Jahre Baerbock im Auswärtigen Amt außenpolitisch verlorene Jahre.
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung unserer Leserin S.B.: *Völlig unreflektierte Selbstbeweihräucherung scheint bei den Grünen gang und gäbe zu sein. Aber immerhin hat sie sich während ihrer Zeit als Ministerin eine Altersvorsorge von 4.950 Euro verdient – dazu kommt noch das aus der Abgeordnetentätigkeit. Danke für nichts!*

8. **Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte spricht Ukraine wegen Massaker von Odessa schuldig**
Im Mai 2014 hat ein Pro-Maidan-Mob in Odessa friedliche Demonstranten unter den Augen der Polizei ins Gewerkschaftshaus getrieben und verbrannt. Die Maidan-

Ukraine hat das Massaker in den folgenden zehn Jahren nie aufgeklärt und die Verantwortlichen nicht bestraft. Nun hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Ukraine deswegen schuldig gesprochen.
Das Massaker von Odessa aus dem Jahr 2014 gehört zu den Ereignissen, die westliche Medien und Politiker am liebsten totschweigen, weil die angeblich so demokratisch Maidan-Regierung und ihre ach so friedlichen Anhänger damals Menschen zusammengetrieben und lebendig verbrannt haben. Aufgeklärt hat die Maidan-Ukraine die Tragödie nie und der Westen hat keine kritischen Fragen gestellt, sondern den Mantel des Schweigens darüber gelegt.
Quelle 1: Anti-Spiegel
Quelle 2: ECHR

9. **Dritte Tagung der Vertragsstaaten des Atomwaffenverbotsvertrags**
Das dritte Treffen der Vertragsstaaten (3MSP) des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons – TPNW) endete am 7. März im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York erfolgreich mit einer starken politischen Erklärung, in der Atomwaffen abgelehnt, die Abschreckung in Frage gestellt und eine Reihe von Beschlüssen zur Stärkung des Vertragsprozesses verabschiedet wurden.
Quelle: pressenza
10. **Trumps Bösartigkeit gegenüber dem mexikanischen Volk**
Jahrzehntelang haben Konservative in ihren Klagen gegen illegale Einwanderer aus Mexiko immer wieder ausgerufen: „Warum bringt Mexiko nicht einfach sein wirtschaftliches Haus in Ordnung, damit seine Bürger nicht in die Vereinigten Staaten ‚einwandern' müssen, um ihr Leben durch Arbeit zu verbessern?"
Auch wenn die wirtschaftliche Lage in Mexiko nicht so verzweifelt ist wie in Kuba oder Venezuela, war Mexiko schon immer ein wirtschaftlich sehr armes Land – und ist es auch heute noch. Das liegt daran, dass sein Wirtschaftssystem immer auf einer Kombination aus Sozialismus, Regulierung und Interventionismus beruhte.
Quelle: Antikrieg
11. **Wirecard-Betrüger Jan Marsalek stellt in Libyen Privatarmee auf**
Die libysche Online-Zeitung LibyaPress berichtete am 9. März 2025, dass das wegen Betrugs von Interpol zur Fahndung ausgeschriebene ehemalige Vorstandsmitglied des Zahlungsdienstleisters Wirecard, Jan Marsalek, in Libyen ein privates Militärunternehmen leitet. Laut LibyaPress ist Jan Marsalek gerade damit beschäftigt, für Russland eine Privatarmee namens RSB aufzubauen, die den Militärmachthaber im Osten, Khalifa Haftar, unterstützen wird. Marsalek tritt damit die Nachfolge von Jewgeni Prigoschin an, vor seinem Tod Chef des privaten russischen Militärunternehmens Wagner. Marsalek soll die Aktivitäten des Wagner-

Unternehmens in der gesamten Region neu ordnen, nachdem er bereits bei der Vereinbarung von Sicherheitsabkommen der Wagner-Gruppe mit dem Sudan beteiligt war. In Deutschland wurde dem inzwischen abgewickelten Finanzdienstleister Wirecard und dessen CEO Marsalek Bilanzfälschung, Aktienkursmanipulation, Geldwäsche und womöglich Unterschlagung vorgeworfen.
Quelle: Gela-News

12. **Rettungsdienst: "In Deutschland sterben Menschen rein systembedingt"**
Die Björn Steiger Stiftung sieht eklatante Missstände im Rettungswesen und hat deshalb Verfassungsbeschwerde eingereicht. Ziel ist es, bundesweit einheitliche Standards zu erreichen.
Das Bundesverfassungsgericht könnte sich bald mit dem Rettungsdienst in Deutschland beschäftigen. Die Björn Steiger Stiftung hat Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe eingereicht mit dem Ziel, bundesweit einheitliche Standards zu erreichen. Obwohl Notärzte und Rettungskräfte vorbildlich ausgebildet seien, befinde sich die Bundesrepublik bei der Notfallrettung organisatorisch auf dem "Niveau eines Entwicklungslandes", kritisiert der Präsident der Björn Steiger Stiftung, Pierre-Enric Steiger. Kein Bundesland habe einen guten Rettungsdienst, ausgenommen einzelne Leuchtturmprojekte.
Quelle: tagesschau
13. **Lockdown aus Angst vor der Biowaffe?**
Der deutsche Auslandsgeheimdienst teilte der Bundesregierung bereits 2020 mit, dass er von einem Laborursprung des Coronavirus ausging – das Virus also absichtlich erzeugt wurde und keine Laune der Natur war, wie jahrelang behauptet. Offenbar war dies auch der Anlass für die bislang ungeklärte Hochstufung der Risikobewertung im März jenen Jahres. Diese Enthüllung führt zu einer völlig neuen Einschätzung der Corona-Zeit.
Quelle: multipolar

dazu auch: **Ursprung des Coronavirus Merkel bestreitet Vertuschung von BND-Bericht**
Der BND soll es bereits 2020 für wahrscheinlich gehalten haben, dass das Coronavirus einem Laborunfall in China entstammte. Altkanzlerin Merkel widersprach nun den Vorwürfen, Informationen vertuscht zu haben.
Quelle: tagesschau

14. **Berliner Corona-Notspital kostete 90 Millionen Euro für nichts**
Das in Rekordzeit gebaute Spital hat keinen einzigen Patienten gesehen. Die anderen Spitäler waren nie überlastet. […]

Offensichtlich hatten sich die Behörden mit ihren täglich publizierten «Fallzahlen» selber in Panik versetzen lassen. Dabei war von Anfang an klar, dass es sich bei diesen «Fallzahlen» lediglich um positiv Getestete, aber nicht um Erkrankte handelte. Die meisten positiv Getesteten bekamen keine oder nur Erkältungssymptome. Das Risiko einer Spitalbehandlung bestand hauptsächlich für betagte Personen, die an Begleiterkrankungen litten.
Der pensionierte Chirurg Wolfgang Albers, Mitglied der «Die Linke», beschrieb diese Berliner Posse und kommentierte auf «unsere-zeit.de»:
«Hatten sich bei der Einweihung noch alle stolz fotografieren lassen, beim peinlichen Abbau war keiner dabei. Konsequenzen wurden aus der mehr als 90 Millionen Euro teuren Narretei keine gezogen.
Den Berliner Kliniken fehlen nach wie vor die notwendigen Gelder, sich durch einfache Massnahmen wie den Einbau von Schleusen und Trennwänden in den Zimmern dauerhaft pandemiefest zu machen. Auf die Anfrage, warum im nächsten Landeshaushalt keine entsprechenden Mittel eingestellt sind, verweigert der Berliner Senat die Auskunft.»
Quelle: Infosperber

dazu: **Chronik einer Farce**
Quelle: unsere zeit